

Seite 2+3



Seite 6



Seite 8



Seite 8

# UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | **B·I·BS**

Nr. 4 | 3. Jahrgang | 110 000 Exemplare | www.bibs-fraktion.de | April/Mai 2011

Lesen Sie, worüber andere Zeitungen nicht berichten...

## Forderung aus Braunschweig: **Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen**



Da ist nichts mehr schönzureden: Die Atomwirtschaft und zugehörige Politik der Bundesregierung sind gemeingefährlich.

Kein Verständnis hatten Hunderte von KundgebungsteilnehmerInnen auf den seit Wochen stattfindenden Anti-Atom-Kundgebungen auf dem Kohlmarkt dafür, dass der Rat der Stadt sich sträubt, von der Bundeskanzlerin

und der Bundesregierung die Abschaltung aller Atomanlagen zu verlangen. Sie verabschiedeten per Abstimmung folgende Resolution:

1. Die Bundeskanzlerin und Bundesregierung werden aufgefordert, sofort für die Stilllegung aller Atomanlagen zu sorgen.
2. Der Rat der Stadt fordert seine Bürgerinnen und Bürger auf,

auf Atomstrom zu verzichten.

3. Die Stadt tritt wieder der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad bei und unterstützt den ASSE-Koordinationskreis.

Die Ratsmehrheit von CDU/FDP hatte noch am 15.3.2011 eine entsprechende Resolution an die Bundesregierung blockiert. Wer, wenn nicht die Stadt Braunschweig, die auch noch inmitten

des atomaren Abfalls sitzt, wäre berufen, eine solche klare Botschaft in Richtung der Verantwortlichen zu senden? Ende Mai ist nun der Rat der Stadt erneut gefordert, diesem öffentlichen Votum auch offiziell Nachdruck zu verleihen. **Bis auf Weiteres findet jeden Montag um 18 Uhr eine Fukushima-Kundgebung/Mahnwache auf dem Kohlmarkt statt.**

### Inhalt

- Briefkastenfirma für den Flughafen ausbau Seite 4
- „Oberschule“ oder Gesamtschule Seite 5
- Kinderarmut in BS Seite 5
- Dioxin im Ei Seite 6
- OkerwASSEr Seite 6
- Berater im Zwielit: KPMG Seite 7
- „Hetzplakat“ nur bei der Stadt selbst Seite 7
- Versammlungsrecht ins Gegenteil verkehrt Seite 7



**Tschernobyl-/ Fukushima-Tag am Ostermontag, 25. April 2011:**

Bundesweite Aktionen zum 25. Jahrestag der Reaktor-katastrophe in Tschernobyl zeitgleich an 10 Reaktor-Standorten sowie drei Atommüll-Lagerstätten. Haltestelle der Bürgerinitiativen: Lessingplatz ab 10 Uhr. [www.sofort-abschalten.de](http://www.sofort-abschalten.de)

## VW's Logistik-Pläne am Flughafen

Noch vor einem Jahr hatte Rolf Schnellecke (Oberbürgermeister von Wolfsburg und Logistik-Partnerspartner von VW) Pläne zum Ausbau von Waggum zum Luftdrehkreuz für VW dementiert.

Jetzt wurde in einer auf die russische Region spezialisierten Internetzeitung berichtet, dass VW auch im russischen Kaluga an einem Flughafen ausbau „Grabzewo“ entscheidend beteiligt ist und dieses Projekt dort für seinen Produktionsstandort Kaluga vorantreibt. Wie in Waggum soll auch am VW-Standort Kaluga der Flughafen-Ausbau bereits bis Herbst 2011 abgeschlossen sein und auch dort unter finanzieller Beteiligung des VW-Konzerns. VW habe dann eine Beteiligung

von 25% an der dortigen Flughafengesellschaft. Damit solle der "Bedarf an einer operativen Beförderung von Fracht sowohl innerhalb unseres Gebiets als auch aus den Nachbarregionen" sowie bereits zu Beginn des Jahres 2012 im „internationalen Luftverkehr“ gedeckt werden, wird der Regions-Gouverneur von Kaluga zitiert. VW wäre demnach am Flughafen ausbau in Kaluga im Umfang von rd. 20 Mio. € beteiligt.

Die stille Beteiligung von VW am Flughafen ausbau in Braunschweig beträgt 5,861 Mio. €, wie jetzt eine Akteneinsicht der BIBS-Fraktion offenbart (siehe auch: Akteneinsichten ...dürfen VW-Beteiligung keinesfalls erwähnen...“ auf Seite 4)

## Opposition hat eine Stimme:

### Die BIBS hat sich für die Kommunalwahl aufgestellt

Die Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) hat sich am Samstag, den 12. 03. 2011 für die Kommunalwahl am 11. 09. 2011 positioniert:

Mit 41 KandidatInnen für den Rat der Stadt und 28 KandidatInnen für die Stadtbezirksräte setzen wir ein Zeichen: Opposition in Braunschweig hat eine Stimme!

Mit den nun Listen sind die Weichen gestellt für eine breit gefächerte, vielseitige Kommunalpolitik in den nächsten fünf Jahren.

Die Spitzenkandidaten für den Rat der Stadt: Henning Jenzen (Wahlbereich Nordost), Peter Rosenbaum (Östli-

cher Ring), Thomas Holst (Innenstadt/Südlicher Ring), Sebastian Barnstorff (Südost), Werner Barnstorff (Südwest), Heiderose Wanzelius (Westliches Ringgebiet), Christian Mann (Nordwest), Wolfgang Büchs (Nördlicher Ring). Die Spitzenkandidaten für die Stadtbezirksräte: Tatjana Jenzen (Wabe-Schunter-Beberbach), Jörg Fi-

scher (Schunteraue), Bernd Müller (Östliches Ringgebiet), Peter Linsenbarth (Viewegsgarten-Bebelhof), Dirk Hesse (Lehdorf-Watenbüttel), Jürgen Reuter (Südstadt-Rautheim-Mascherode). Die Kandidatinnen und Kandidaten kommen aus 18 Bürgerinitiativen und Initiativgruppen. *Weiterlesen: Begründung einer Kandidatur auf Seite 7.*



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.

Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.

Jede Spende ist als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

## Mit Spaßbad verkalkuliert

**Kniehoch wachsen im Sommer die Wildkräuter neben der Hamburger Straße.** Wo sich eigentlich die Baukräne drehen müssten, erobert die Natur das Gelände des geplanten „Spaßbads“ zurück. Von einer Eröffnung im Jahre 2011 kann keine Rede mehr sein.

Die Stadt, die mit so viel Arroganz den Wunsch von 35 000 Bürger, ihre alten Stadtteilbäder zu behalten, missachtet hatte, erlebt nun, dass Hochmut vor dem Fall kommt. Von allen Baufirmen, die ursprünglich zu Verfügung gestanden hatten, ist nur noch eine einzige übrig geblieben, und deren Preise wachsen in den Himmel. Notgedrungen musste die Stadt das Renommierprojekt stoppen. Vorläufig, wie sie sagt.

Aber wird sie einen neuen Bauherrn finden, der es billiger macht? Was die Verwaltung auch in Angriff nimmt,

überall wird es teurer als geplant, das zeigte sich gerade erst beim Stibiox-Abriß. Sitzen hoffnungslose Optimisten im Bau-Dezernat? Oder schlechte Mathematiker?

Möglicherweise wird sich die Brache an der Hamburger Straße in die Reihe Hoffmannscher Fehlkalkulationen einfügen, die vom Rathaus-Neubau bis zum Fünf-Sterne-Hotel an der Stelle des FBZ reicht.

Die mögliche Spaßbad-Pleite könnte ihr Gutes haben: Den Bürgern bleiben „ihre“ Bäder erhalten. Man sollte diese sanieren und in der Weststadt möglichst ein zusätzliches Bad erbauen – das wäre billiger als das „Wie-zeigich-es-Wolfsburg“-Riesenbad an der Hamburger Straße. Die BIBS wird sich weiterhin für den Erhalt der Bäder und gegen Geld verschlingende Prestige-Projekt einsetzen.

Ingeborg Gerlach



## Von wegen Luxus-Hotel im Bürgerpark...

**Am 20.11.2008 wurde die Beschlussvorlage „Ansiedlung eines First Class Superior Hotels“ im Rat angenommen.** Damit verbunden war der Abriss des Freizeit- und Bildungszentrums (FBZ), um Platz für ein Fünf-Sterne-Hotel zu schaffen.

Das Grundstück wurde an die Firma Kanada Bau verkauft, die gleichzeitig den Abriss übernahm. Kanada Bau

wurde ein Rücktrittsrecht für den Fall eingeräumt, dass sich kein Hotelbetreiber finden würde. Und so geschah es: Es fand sich kein Betreiber, und Kanada Bau machte nach dem Abriss Gebrauch vom Rücktrittsrecht. Die Abrisskosten sollten Kanada Bau vom Kaufpreis abgerechnet werden.

Seitdem gibt es eine weitere Bauruine in der Stadt.

Die denkmalgeschützten Teile des FBZ, die nicht abgerissen werden durften, verrotten langsam.

Die BIBS-Fraktion hatte bereits im November 2010 im Finanzausschuss angefragt, wie hoch denn die endgültigen Abrisskosten wären und die Antwort erhalten, es sei noch keine Abrechnung erfolgt.

Weiter wurde mitgeteilt, dass die Kel-

terräume beim Abriss zeitweise mit Bauschutt verfüllt wurden. Ob ein solches „temporäres Verbleiben“ des Schutts überhaupt möglich ist (nach einem ersten Gutachten ist der Bauschutt vielleicht schadstoffbelastet!), sollte durch ein zweites Gutachten bestätigt werden.

Mit diesem Ergebnis rechnete die Verwaltung im November 2010 „in

Kürze“. Nun wurde der BIBS-Fraktion die Akteneinsicht in sämtliche Vorgänge mit der Begründung verweigert, es handle sich im Fall des FBZ um einen noch nicht abgeschlossenen, verwaltungsinternen Willensbildungsprozess.

Nichtsdestotrotz könne der Bauschutt in den Kellerräumen nicht verbleiben. Droht hier ein zweites Stibiox?

## Millenium

Eine 100 m hohe Anhöhe im Westen Braunschweigs wurde illegal aus belastetem Bauschutt und Sondermüll angehäuft und „Millenium“ genannt.

Der Müllhändler Lindemann sollte 1,8 Mio. Euro Bußgeld bezahlen (BZ 18.11.2009).

Im Dezember 2009 legte er Widerspruch dagegen ein. Aus dem Rathaus heißt es zwar, die Stadt wolle das Geld einklagen, von einer offiziellen Klageschrift ist aber seither nichts bekannt... das Gras wächst darüber. Lindemann war bereits durch Parteispenden an die CDU aufgefallen, beide großen Parteiversammlungen 2004 und 2006 zur Kandidatenkür Hoffmanns zum Oberbürgermeister fanden in Lindemanns Millenium-Halle am Madamenweg statt.

Lindemann war daneben auch noch Bauherr eines Restaurants auf dem CDU-Parteigrundstück am Gieselerwall, welches unter Nichtbeachtung der Wallringsatzung durch die Bauverwaltung genehmigt worden ist.

Dazu die Kreisvorsitzende der CDU Heidemarie Mundlos: „Wir erhielten öfter Spenden der Lindemanns. Über die Höhe weiß ich nichts. Das ist allein Angelegenheit unseres Kassierers.“ (BZ, 17.5.2008)



## Braunschweiger Biotop oder auch „Kulissenwald“

Seit 450 Tagen demonstrieren Bürgerinnen und Bürger vor allem der nördlichen Stadtteile Waggum, Bevenrode und Hondelage Tag für Tag gegen die rigorosen Eingriffe in die Natur, wodurch große Teile des Querumer Waldes vernichtet wurden. Das Rathaus versuchte derweil, das traurige Desaster rund um den Flughafenusbau als Braunschweiger Biotop in der Braunschweiger Zeitung zu verkaufen.



# Stadt bedient sich einer eigenen Briefkastenfirma beim Flughafenausbau



**Struktur Förderung Braunschweig GmbH, so heißt eine städtische Gesellschaft, die nur über einen Briefkasten am Rebenring 33 verfügt, aber ansonsten weder Angestellte noch Klingelknopf hat.**

In der Ratssitzung am 14.12.2010 war auch die Strukturförderung Braunschweig GmbH ein Thema. Die BIBS-Fraktion hatte den seitens der OB'rigkeit vorenthaltenen Vertrag

zwischen der Strukturförderungsgesellschaft und der Flughafengesellschaft per Akteneinsicht beschafft und stellte den Vertrag in Kopie allen Ratsmitgliedern während der Ratssitzung zur Verfügung, worauf der CDU-Fraktionsvorsitzende (und übrigens in Wag-gum ansässige Bürger) Sehrt mit dem Zwischenruf reagierte, er wolle so was gar nicht lesen.

**Worum geht es?** Der Rat übt die Auf-

sicht über das Handeln der Verwaltung und des Oberbürgermeisters aus, den Ratsmitgliedern obliegt die Kontrolle mittels Nachfragen und Akteneinsichten. Nur so ist eine Transparenz überhaupt möglich. Genau diese Transparenz ist aber offensichtlich nicht gewollt, hier wurde es aus dem Munde des CDU-Vorsitzenden im Rat offenbart.

# Akteneinsichten der Bürgerinitiativen-Fraktion (BIBS) brachten es an den Tag:

**Der Förderbescheid zum Flughafenausbau vom 20. 5. 2010 der niedersächsischen Förderbehörde (NBank) macht die Auszahlung von öffentlichen Fördergeldern von der vollständigen wirtschaftlichen und personellen „Entflechtung“ von Flughafengesellschaft und VW-Aktiengesellschaft zur Vorbedingung.** VW und gefällige örtliche Politik versuchen aber mit trickreichem Vorgehen, diese rechtlichen Vorgaben zu umgehen. Zunächst kam VW der Entflechtung - zumindest formell - mit Kündigungsbrief vom 15.6.2010 an die Flughafengesellschaft nach.

„Sehr geehrter Herr Gelfert, um den Ausbau des Flughafens zu fördern, beauftragt Sie mich hiermit die von uns in den Aufsichtsrat der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH entsandten Personen ab. Ferner kündigen wir hiermit für die VW AG deren Gesellschaftsstellung in der Gesellschaft mit sofortiger Wirkung... gez. Winterkorn - gez. Pötsch“

Was in diesem Kündigungsschreiben nicht drinstand, war, dass VW trotzdem bereit war, „auch künftig eine investive Beteiligung am Flughafenausbau weiterhin vorzunehmen.“

So nachzulesen in einer Aktennotiz des Finanzdezernats II an OB Hoffmann noch am selben Tag (15. 6. 2010) „steht die Beteiligung von VW an der Finanzierung des

Flughafenausbaus entsprechend der Finanzierungsvereinbarung nicht in Frage“.

Weitere Aktennotizen belegen, dass VW in einer „Arbeitsgruppe Forschungsluftfahrt“ („AG FoFlu“) den Flughafenausbau selbst mit steuert und aktiv vorantreibt:

„AG FoFlu 25. Juni 2010 Zur Finanzierung und Mittelplanung erklärt Herr Deuter (Fa. Assmann), dass bis Ende September insgesamt 14,8 Mio. € benötigt werden, die ggf. vollständig durch Eigenmittel aufgebracht werden müssen. Die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH wird kurzfristig die Mittel bei den Gesellschaftern abfordern (14 Tage Vorlauf). Im Schreiben an die Stadt Wolfsburg wird an die Finanzierungsvereinbarung erinnert und die Höhe der voraussichtlichen Gesamtsumme genannt. Auch VW muss den entsprechenden Betrag an die Flughafengesellschaft zahlen. Für die Stadt Braunschweig stellt die Liquidität wegen der bestehenden Haushaltsreste kein Problem dar. Die Stadt Wolfsburg hat Herrn Gelfert signalisiert, dass die dortigen Mittel innerhalb von 2 Wochen aufgebracht werden können. Herr Göbel, VW, stellte in Aussicht, dass ein möglicher Finanzierungsengpass durch VW überbrückt werden könnte. zuständig: Deu.II., FB 20“

Von wirtschaftlicher Entflechtung

kann also keine Rede sein. VW bringt sich VW sogar über die normale Gesellschaftsstellung für den Fortgang des Flughafenausbaus ein und ist auch nach wie vor im internen Steuerkreis zum Flughafenausbau direkt aktiv. Die drei Teilhaber, Stadt Braunschweig, Stadt Wolfsburg und VW machten also - trotz offiziellem Ausstieg von VW - prompt und reibungslos weiter wie bisher, was der beauftragte Geschäftsführer der Flughafengesellschaft, Boris Gelfert, mit einer Email vom Freitag, 16. Juli 2010, 17:06 an Manlik (Ratsherr und Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft) sowie an Wendelin Martin Göbel (VW AG) bestätigte:

„betreff: Ausbaufinanzierung. Sehr geehrte Herren, anbei eine Notiz über ein Gespräch von H. Loof mit der NBank. Wir haben diese Sache in den letzten Tagen eingehend diskutiert. Nach nochmaligem Nachhaken von Herrn Loof (Struktur-Förderungsgesellschaft) ist der von der NBank zunächst geforderte Ausstieg von VW aus der Finanzierungsvereinbarung damit vom Tisch. Die Vereinbarung interessiert das Land nämlich nicht, wir dürfen sie nur dem Land gegenüber keinesfalls erwähnen (warum auch immer)(man muss nicht immer alles verstehen...) Wir brauchen jetzt nur noch eine einfache Finanzierungsvereinbarung der Flughafengesellschaft,

die die Finanzierung gesichert sei... Zur Schaffung dieser Voraussetzungen sollten wir die Erklärung - die keine Zahlungsverpflichtung beinhaltet - abgeben können. gez. Gelfert“

Am 19. Juli 2010 hatte man alle vermeintlich nötigen Erklärungen auf dem Tisch und Herr Loof von der Strukturförderungsgesellschaft schrieb an das Dezernat II (Finanzen) der Stadt Braunschweig:

„betreff Ausbaufinanzierung: Guten Morgen, anbei die Email von H. Gelfert an Herren Manlik und Goebel wegen der von der Flughafengesellschaft ergänzend zu der Finanzbestätigung der Stadt Wolfsburg von der Flughafengesellschaft abzugebenden Finanzierungsbestätigung. Ich bitte um Prüfung der von Herrn Gelfert in dieser Email angegebenen Zahlenwerte, damit sichergestellt ist, dass die Finanzierungsbestätigung der Flughafengesellschaft auch in der erforderlichen Höhe gegenüber der NBank abgegeben wird. Mit besten Grüßen Ingo Loof“

Nun folgte die Verschleierung der wahren Verhältnisse durch Vorgehensanweisung von 1. Stadtrat Lehmann:

„/Dez. II 6.8.2010 Vermerk zur Dezernaten-Konferenz am 12. 8. 2010: Die Finanzierungsvereinbarung ist an den aktuellen Kostenstand anzupassen. Die Vorlage bzw. der Abschluss der Finanzierungsvereinbarung ist keine

Voraussetzung für die Auszahlung der Fördermittel. Trotzdem könnte aus der direkten Beteiligung der VW-Aktiengesellschaft an der Finanzierungsvereinbarung die Förderfähigkeit wegen der bekanntlich unzulässigen Betreiber/Nutzer-Konstellation in Frage stehen. Die NBank will daher die Finanzierungsvereinbarung nicht mehr zur Kenntnis bekommen, da ansonsten ein „Nachfragebedarf“ geweckt würde. Es ist allerdings zu bedenken, dass die Neufassung der Finanzvereinbarung im Rat in öffentlicher Sitzung zu behandeln ist.

Es wäre denkbar, dass der NBank, dem Land oder dem Bundeswirtschaftsministerium beispielsweise von Seiten der Ausbaugegner die Finanzierungsvereinbarung vorgelegt und die Beteiligung der VW-Aktiengesellschaft problematisiert wird.

Folgende Vorgehensweise wird vorgeschlagen: Lediglich die Stadt Braunschweig und die Stadt Wolfsburg als künftige alleinige Gesellschafter schließen eine neue Finanzierungsvereinbarung über ihre jeweilige Beteiligung an den Finanzierungskosten. Für die nicht abgedeckte Summe hat die Flughafengesellschaft Sorge zu tragen, was sie durch eine entsprechende Zusage der VW-Aktiengesellschaft erreichen könnte. gez. Lehmann“

Peter Rosenbaum, Ratsherr der Stadt

# „Oberschule“ oder Integrierte Gesamtschule?

**Aus durchsichtigen Gründen betont die Braunschweiger Zeitung immer wieder, Kultusminister Althusmanns neue „Oberschule“ sei doch eigentlich eine Gesamtschule.** Den Kritikern der niedersächsischen Schulpolitik soll suggeriert werden, sie könnten sich doch mit dem Erreichten zufrieden geben. In der Tat kommt Zustimmung aus Kreisen von Handwerk und Wirtschaft, die zuvor ein Ende des dreigliedrigen Schulsystems verlangt hatten, weil es zu wenige Fachkräfte produziere, die angesichts des demografischen Wandels gebraucht würden. (Auch die kommunalen Verwaltungen, vor allem in den Landkreisen, werden zufrieden sein, weil sie sich dann nicht

mehr mit sterbenden Hauptschulen herumplagen müssen.) Aber wird die neue Erfindung, die so neu gar nicht ist (anderswo, vor allem im Osten, gibt es sie bereits, nur da führt sie keinen so anspruchsvollen Namen!), dieser Erwartung tatsächlich auch gerecht? Zum einen fehlen die Gymnasiasten, die in der IGS ein Drittel der Schüler ausmachen und von denen man erwartet, dass sie die anderen „mitziehen“ (schließlich lernen Schüler am meisten von anderen Schülern).

Auch scheint es zweifelhaft, dass jede „Oberschule“ einen Gymnasialzweig, wie er von Althusmann in Aussicht gestellt wurde, erhält – die Konkurrenz für die „normalen“ Gymnasien wäre

zu groß. Weiterhin müssen die neuen Schulen von Klasse 5 an 2-3 „Angebotsprofile“ vorweisen, was entweder zu einer äußeren Differenzierung in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik oder aber zu unterschiedlichen Kennzeichnung der Noten führt, aus denen klar hervorgeht, in welchem Zweig sich der Schüler befindet. (Die Integrierten Gesamtschulen geben in diesen Klassenstufen überhaupt noch keine Noten!) Es wäre im Grunde wieder das alte System, nur ein bisschen besser verpackt. „Mogelpackung“ nennt man dergleichen. Also muss es bei der Forderung nach mehr Gesamtschulen bleiben.

Ingeborg Gerlach

# Ein Stadtteil formiert sich - und hat Erfolg!

**Die BIBS-Fraktion hatte für die Ratssitzung im Februar beantragt, dass die Grund- und Hauptschule Schunter-siedlung erhalten bleibt.** Nach der Vorlage eines Schulentwicklungsplans sollte dann u.a. auch über die Neuordnung der Braunschweiger Förderschulen entschieden werden. Rückblick: Im Juni 2010 hatte die Verwaltung in einem ihr typischen Schnellschuss eine grundlegende und tiefgreifende Neuordnung der Braunschweiger Schullandschaft beschließen lassen. Im Beschluss enthalten war die Zusammenlegung der zwei Standorte der Astrid-Lindgren-Förderschule in der Schunter-siedlung. Dafür sollte die GHS Schunter-sied-



lung geschlossen werden. Schnell formierte sich massiver Widerstand. Die Grünen-BIBS-Gruppe im Stadtbereich unterstützte von Anfang an die Forderung nach einem Erhalt der Schule, während die Grünen im Rat sich stets für die Schließung aussprachen.

So geschehen auch in der Ratssitzung: Unser BIBS-Antrag, die GHS Schunter-siedlung zu erhalten, wurde mit den Stimmen von Grünen, CDU und FDP

# Zivilklausel an der TU

**An der TU Braunschweig arbeitet eine studentische Gruppe, die sich dafür einsetzt, dass die Forschung nur zivilen Zwecken dienen soll.** Sie ist Teil einer größeren Bewegung, die sich an immer mehr Universitäten für eine so genannte „Zivilklausel“ in der Forschung einsetzt.

An einzelnen Universitäten wie Bremen, Oldenburg oder der TU Berlin existiert diese Klausel bereits. Militärforschung, 1993-2003 durch das Niedersächsische Hochschulgesetz

abgelehnt! Trotzdem ein Teilerfolg, weil am Rande der Sitzung bekannt wurde, dass die Verwaltung derzeit prüft, ob nicht die Grundschule in der Schunter-siedlung zusammen mit der Astrid-Lindgren-Förderschule unterkommen kann.

Der Schulausschuss am 25. 3. hat dem so zugestimmt, dass die Grundschule als Außenstelle der Grundschule Krallenriede zusammen mit der Förderschule in der Schunter-siedlung bleiben soll. Diese Entwicklung ist ein Hoffnungszeichen für die Eltern und Kinder in der Schunter-siedlung und zeigt, dass sich Engagement und Protest auf der Straße lohnt!

Sebastian Barnstorf

# Schulsanierungen: realitätsferne Schaufensterbilanz

**Die von der Stadt verbreiteten Zahlen zur Sanierung Braunschweiger Schulen sind pure Augenwischerei:** Das von Finanzdezernat Ulrich Stegemann als „ehrgeizig“ bezeichnete Sanierungsprogramm in Höhe von 189 Mio. Euro (von 2003 bis 2014) entpuppt sich bei genauem Hinsehen als realitätsferne Schaufensterbilanz: Hingegerechnet wird das so genannte „PPP-Projekt“ zur privaten Sanierung von neun Schulen und Kitas in Höhe von rund 68 Mio. Euro. 2008 vom Rat in die Wege geleitet, stellte sich bereits im Herbst 2010 heraus, dass alle fünf Angebote, die private Investoren abgeben hatten, über der Summe lagen, die es die Stadt kosten würde, wenn sie selbst die Sanierung über-nähme. Bis Mai 2011 sollen nun neue Investoren gefunden werden. Die Gel-

der für dieses Projekt werden damit seit drei Jahren nicht für Schulsanierungen verwendet. Solange das Geld noch nicht ausgegeben wurde, ist es falsch, diese Summe unter Ausgaben zu verbuchen. Und selbst wenn es ausgegeben würde, käme die „Investition“ einer Kreditaufnahme gleich. Die Stadt würde ihre regelmäßigen Verbindlichkeiten dafür dann nur nicht einer Bank, sondern einem privaten Investor schulden. Das Konjunkturpaket II wurde 2009 von der Bundesregierung aufgelegt. 15,4 Mio. Euro fließen nach Angabe der Stadt aus diesen Mitteln des Bundes in Braunschweiger Schulen. Bis Ende 2010 mussten diese Fördermittel aus Berlin abgerechnet sein. Sie jetzt noch als zukünftige städtische Investitionen zu verbuchen, ist schlechte Irreführung der BürgerInnen,

die sogar noch glauben sollen, es würden städtische Mittel ausgegeben. Die IGS Wilhelm Bracke wird abgerissen und von der NiWo-Gesellschaft für rund 30 Mio. Euro wieder neu aufgebaut. Um eine Schulsanierung handelt es sich damit nicht, zudem übernimmt die Baukosten die Wohnungsbaugesellschaft. Die von der BIBS-Fraktion aufgemachte Rechnung ist ganz einfach: 189 Mio. Euro minus 68 Mio. Euro minus 15,4 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket minus 30 Mio. Euro Neubau IGS Wilhelm Bracke: Damit werden knapp 75 Mio. Euro von 2003 bis 2014 für Schulsanierungen ausgegeben. In den nächsten drei Jahren werden es sogar nur noch 7,7 Mio. Euro pro Jahr für rund 60 Schulen sein! Verantwortungsbewusste Schulpolitik sieht anders aus.

Ingeborg Gerlach

# Braunschweig braucht eine fünfte Gesamtschule...

**...und einen Schulentwicklungsplan.** Seit dem Beginn des Schuljahres 2009/10 hat Braunschweig eine vierte Gesamtschule, aber es war absehbar, dass sie nicht ausreichen würde. Schon im letzten Sommer mussten wieder 324 Viertklässler, die eine IGS besuchen wollten, abgewiesen werden. Daher fanden sich VertreterInnen verschiedener politischer Richtungen des oppositionellen Spektrums in der „Initiative für eine fünfte Gesamtschule“ zusammen. Im engen Verbund mit der GEW (Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft) setzt sich die Initiative dafür ein, die Notwendigkeit zusätzlicher Gesamtschulen der Öffentlichkeit und auch den Ratsfraktionen deutlich zu machen.

Doch das Gerangel, wo eine solche Schule errichtet werden soll, zeigt, dass Braunschweig dringend einen Schulentwicklungsplan braucht, wie er früher selbstverständlich gewesen war. Er muss die Grundlage für eine angemessene schulische Versorgung aller

Stadtteile bilden. Deutlich wird, dass die Stadt hier ein Problem jahrelang mit fragwürdigen Ausreden (keine Zeit, kein Geld) vor sich her geschoben hat. Außerdem hat sie leichtfertig leer stehende Schulgebäude verkauft und kommt nun immer wieder in Raumnott, wie es sich Ende des vergangenen Schuljahres in der Schunter-siedlung zeigte.

Seit einigen Monaten sorgt auch Kultusminister Althusmanns liebstes Kind, die neue „Oberschule“ für zusätzliche Unruhe. Konzipiert wurde sie auf Ministerpräsident McAllisters Geheiß, um dem Wunsch nach zusätzlichen Gesamtschulen das Wasser abzugraben.

Umso dringlicher muss die Forderung nach einer fünften Gesamtschule werden. Sie wird seit letztem Herbst getragen von einer überparteilichen, gewerkschaftsnahen Initiative, die sich im Wahlkampf dafür einsetzen wird, dass sich möglichst viele Kandidaten für die Gesamtschule stark machen.

# Kinderarmut: Kindergärten in armen Stadtteilen fördern



**Kinder aus armen Verhältnissen und sozial schwachen Stadtteilen leiden häufiger als Kinder in reichen Stadtteilen unter Entwicklungsverzögerungen und sind öfter als Gleichaltrige aus gut betuchten Verhältnissen verhaltensauffällig.** Von dieser Annahme geht das "Konzept für die Arbeit mit verhaltensauffälligen und/oder entwicklungsverzögerten Kindern in Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig ("VA/EV-Konzept") aus.

Das Konzept ermöglicht Kindergärten in sozial benachteiligten Stadtteilen, die Gruppengröße von 25 auf 20 Kinder abzuskenen und zusätzlich Stütz-pädagogInnen einzustellen. Der jugendärztliche Dienst hat in der Vergangenheit immer wesentlich mehr Kinder als verhaltensauffällig oder entwicklungsverzögert anerkannt als

im Rahmen des VA/EV-Konzepts auch wirklich gefördert werden können (als Beispiel: 2008/2009 wurden 87 Kinder gemeldet, aber nur 39 konnten gefördert werden). Die BIBS-Fraktion hat immer wieder beantragt, dieses Konzept weiterzuentwickeln und mehr Haushaltsmittel bereit zu stellen, damit mehr Kinder in armen Stadtteilen frühzeitig gefördert werden können.

In der Vergangenheit folgte der Jugendhilfeausschuss immer wieder der BIBS, während im Rat die CDU-FDP-Einstimmtheit ohne Begründung alle Initiativen in dieser Richtung stur niederstimmte. Aber dennoch: Im Zuge der Haushaltsberatungen ließ sich der Rat überzeugen, zumindest eine kleine Erhöhung der Platzkapazitäten auf 60 Kinder zuzulassen. Steter Tropfen höhlt den Stein!

Sebastian Barnstorf

## Kennen Sie das Projekt PiratenPC ?

Ziel des Projektes ist es, finanziell schwächeren Familien einen internetfähigen Computer bereitzustellen, um sozialer Ausgrenzung zu begegnen, denn der Internetzugang bekommt immer größere Bedeutung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Die Arbeitsgruppe PiratenPC arbeitet mit dem Verein Parkbank e.V. in Braunschweig zusammen, um die Rechner zu verteilen und zu betreuen. Weitere Informationen zu diesem Projekt unter <http://www.piratenpc.de>

## Vereine nagen am Hungertuch

**Bürgernahe Vereine nagen am Hungertuch.** Im Jahre 2002 wurden die Zuschüsse für bürgernahe Vereine generell um 20% gekürzt – Begründung: Sparzwang. Seither ist das „Wunder von Braunschweig“ über die Bühne gegangen, doch die Zuschüsse für die kleinen Vereine wuchsen nicht. Nun herrscht Wirtschaftskrise, was liegt da näher, als den vom Engagement ihrer Mitglieder lebenden Vereinen weiterhin Sparsamkeit zu empfehlen? Zwar erhielten einige der „beliebteren“ Vereine etwas mehr Geld, aber mutmaßliche „Stiefkinder“ der Verwaltung (z.B. Brunsviga, Gedenkstätte Schillstraße) können sehen, wo sie bleiben. Da alles teurer geworden ist, leben sie von der Substanz (die Gedenkstätte beispielsweise auf Kosten des Arbeitskreises Andere Geschichte). Wie lange können sie die Hungerkur noch durchhalten? Für pompöse Repräsentativbauten hat die Stadt anscheinend immer Geld (und setzt es auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Sand), aber ihre zentrale Gedenkstätte, die zudem wichtige Forschungsarbeit leistet, dürfte sie nicht auf diese Weise vernachlässigen. Man kann nur hoffen, dass ein günstiges Ergebnis der Kommunalwahl den zu kurz Gekommenen finanziell wieder auf die Beine hilft. Ingeborg Gerlach

# Wussten Sie schon...

... dass die Stadt Braunschweig im Jahre 2012 - trotz anders lautender Beteuerungen des Oberbürgermeisters - exakt genauso hohe Schulden hat wie zu Amtsantritt Hoffmanns im Jahre 2001? Das Haushaltswunder entpuppte sich als simpler Trick: rd. 350 Mio. € wurden bzw. werden einfach auf stadtbereichliche Unternehmen wie dem Abwasserverband Braunschweig (Kreditaufnahme in Höhe von 248 Mio. €), Nibelungen Wohnbau (40 Mio. € geplant für Schulneubau IGS Weststadt) und „Private Partner“ (70 Mio. € geplant für 14 Schulsanierungsmaßnahmen) verlagert.

... dass allerdings die Stadt Braunschweig durch die Privatisierungspolitik erhebliche Vermögensverluste erlitten hat? Wollte man allein die ehemals städtischen Anteile der Stadtwerke und der Stadtreife der zurückkaufen, so müsste die Stadt dafür heute mit geschätzten 800 Mio. € bis 1 Mrd. € rechnen, also doppelt so viel, wie seinerzeit die Stadt dafür bekommen hat.

... dass das jährliche Defizit des Flughafens Jahr für Jahr steigt? Der Zuschussbedarf betrug im Jahr 2010

2,5 Mio. Euro und wird für das Jahr 2011 auf 3,2 Mio. Euro steigen.

...dass sich der VW-Konzern für die vielen Zuwendungen der Stadt vor allem rund um das Flughafenprojekt mit einer Ohrfeige bedankt hat? Die BIBS deckte auf, dass die Volkswagen-Versicherungsdienst GmbH in eine sog. „gewerbesteuerliche Organisation“ mit dem VW-Gesamtkonzern verschmolzen wird. Damit entfällt für diese VW-Konzern-Tochter die jährliche Gewerbesteuer in Braunschweig von bisher ca. 2,4 Mio. €.

...dass die CDU noch schnell vor den Kommunalwahlen zwei CDU-Ratsherren zu lukrativen Pöstchen verholfen hat? So wurde der (noch)CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Sehrt beim Abwasserverband Braunschweig zum Nachfolger von Prof. Eggers gekürt und der (Ex)CDU-Landtagsabgeordnete Hennig Brandes trat die Geschäftsführung beim regionalen Zweckverband Braunschweig an.

...Bezirksbürgermeister Kliesch (CDU) scheiterte bei der Wiederwahl in den Vorstand des Fördervereins Schwimmbad Waggum mit nur 2 gegen 12 Stimmen.

# Kostenexplosion beim Flughafenausbau



**In einer nachträglich versandten Beschlussvorlage kurz vor dem Finanzausschuss am 3. 2. 2011 sollten die Ausschussmitglieder kurzfristig einer erheblichen Kostensteigerung beim Flughafenausbau in Höhe von 1,66 Mio. Euro für die Stadt zustimmen.**

In Wolfsburg wurde zuvor bereits eine Erhöhung beschlossen, während die Braunschweiger offenbar im Unklaren über die wahren Kosten gelassen werden sollten. Erst durch den direkten Vergleich der so genannten „2. Finan-

zierungsvereinbarung“ mit der „1. Finanzierungsvereinbarung“ konnte man die Kostensteigerungen herauslesen. Ursprünglich sollte Braunschweig 9,939 Mio. Euro für den Ausbau bezahlen, diese Zahl hatte Erster Stadtrat Lehmann noch 21. 9. 2010 bestätigt. Durch die Zustimmung zur „2. Finanzierungsvereinbarung“ sollte die Stadt nun schon 11,6 Mio. Euro zahlen. Die BIBS-Fraktion veröffentlichte diese Zahlen in einer Pressemitteilung am 1. Februar 2011. Zu Beginn der Sitzung des Finanzausschusses am

3. 2. wurde die Beschlussvorlage „2. Finanzierungsvereinbarung“ ohne nähere Angaben von Gründen zurückgezogen.

Seitdem findet sie sich auch nicht mehr im Ratsinformationssystem der Stadt, in dem alle Beschlussvorlagen veröffentlicht werden. Mag man den Braunschweigern die nackten Zahlen nicht zumuten, die den Wolfsburgern mittlerweile seit langem bekannt sind?

**Impressum**  
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
Telefon der BI: Fax: 4 70 21 80  
Werner Barnstorf, Pregelstraße 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Ingeborg Gerlach  
Druckerei: Druckhaus Schläger GmbH & Co. KG  
Woltorfer Straße 116-118, 31224 Peine

**Mehr Informationen finden Sie im Internet unter [www.bibs-fraktion.de](http://www.bibs-fraktion.de)**

# Dioxin im Ei Zufall? Demonstration in Üfingen

**Fast unbemerkt von den Stadtbürgern wurden im Umland von Braunschweig mehrere Massentierhaltungsanlagen genehmigt.**

Es wurden keine Brandgutachten, keine Keimgutachten und auch keine Filter von den Behörden gefordert. Den Errichtern solcher Anlagen wird es so leicht wie möglich gemacht, eine Genehmigung zu erhalten. Natürlich alles im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen, wie die Verantwortlichen gebetsmühlenartig beteuern. Und da fangen die Zweifel an. Wenn jemand sich immer auf Recht und Gesetz bezieht, aber nie konkrete Beweise vorlegt, sollte man hellhörig werden. Im Emsland wird kein Mastenstall mehr zugelassen, wenn nicht ein Keimgutachten und Brandgutachten vorliegt. Eine Filteranlage ist in fast allen Fällen obligatorisch. Man hat dort gelernt, dass man sonst in einem ökologischen und gesundheitlichen Fiasko endet.

In Peine und anderen Landkreisen in der Region möchte man wohl gerne die Entwicklung in Niedersachsens Norden ignorieren. Man gebt sich ins andere Extrem und winkt ohne Gutachten durch, was irgendwie noch gesetzlich zulässig erscheint. Es ist wohl politisch gewollt, nun in dieser Region anzusiedeln, was im Norden schon verboten ist. Man möchte die inzwischen dort zugegebenen Fehler

eben selbst machen. Zusätzliche Steuererinnahmen sind ja auch ein Argument...

Da würden dann auch Dokumentationen von Antibiotikaverabreichungen nur stören. Also sind sie für die Geflügelmassenhaltung in Niedersachsen auch nicht vorgeschrieben. Vielleicht würden die Verantwortlichen über solche Entscheidungen anders denken, wenn die eigenen Eltern wegen einer Antibiotikaresistenz sterben müssten? Dioxin im Ei hätte nicht sein müssen. Es ist ja nicht der erste Lebensmittel-skandal, der seine Ursache in der unzureichenden Überprüfung der Lebensmittelindustrie hat. Aber auch hier schlittert man gerne am Rande des Abgrundes. Politik und Behörden ignorieren die immer häufigeren Einschläge und geben kein Geld für zusätzliche Kontrollen.

Lieber schiebt man Subventionen in Richtung Geflügelmast, obwohl der einheimische Billigfleischmarkt gedeckt ist. Mit der subventionierten Überproduktion richten wir auf den afrikanischen Märkten ein weiteres „Blutbad“ an. Die dort ansässigen Hühnerzüchter gehen reihenweise pleite. Das weit gestreute Hühnerfleisch aus dem Hochlohn-Hightech-Deutschland ist einfach billiger! Wie geht das denn?! Ganz einfach: Man ignoriert Hochlohn, Hightech, Gesundheit und Marktwirt-



schaft, finanziert das ganze durch Subventionen und lässt somit uns dafür zahlen.

Was erhalten wir dafür? Gut aussehende Brüste von Tieren, die einen echten Leidensweg hinter sich haben. „Hybriden“ werden sie bei der Anlieferung zur Mastung genannt. Hühnerchen möchte das sogar offiziell keiner mehr nennen, da ihnen das natürliche Sättigungsgefühl weggezüchtet wurde. Das macht ein schlachtreifes Wachstum innerhalb von unter 40 Tagen möglich, wozu ein „echtes“ Huhn über 150 Tage benötigt.

**Mehr dazu sehen Sie unter [www.youtube.de](http://www.youtube.de). Eingabe: „Hähnchenmast in Deutschland“**

Sie wachsen buchstäblich schneller als ihre Muskeln. Dies führt teilweise zur Bewegungsunfähigkeit und damit zum Verhungern der Tiere. Die meisten

Überlebenden haben Glück: Sie werden kopfüber hängend durch einen Stromschlag betäubt, bevor ihnen die Maschine den Kopf abreißt. Aber eben nicht alle.

Wer dies so nicht mitfinanzieren und tragen möchte, hat Alternativen. Allerdings würde dies Zeit und Geld kosten. Und ein wenig Bequemlichkeit auch. Und an dieser Stelle hört „unsere Gesellschaft“ in der Regel auf zu denken. „Wer kann sich das leisten? Wir brauchen doch die Massentierhaltung um alle zu ernähren. Wann soll ich mich noch um gesundes Fleisch kümmern...“

Glauben Sie mir, es geht auch anders. In unserem Dorf haben viele ihre Ernährung geändert. Man kauft sein Fleisch beim Bauern und nicht im Supermarkt. Gemüse und Obst erhält man aus der Region auf den Märkten

oder auch direkt bei den Landwirten. Dort sind die Preise teilweise günstiger. Allerdings kostet eine gesündere Ernährung Geld.

Nicht so viel, wie man vielleicht denkt. Aber man nimmt die Ausrede gerne an, um seine Lebensgewohnheiten nicht ins Unbequeme ändern zu müssen. So muss man sich angesichts von 46-Zoll-Fernsehern und 30.000-Euro-Neuwagen und deren Wertverlusten einfach einmal Gedanken über Prioritäten machen. Essen ist mehr als ein Rechenexempel. Es entscheidet über Gesundheit auf der einen Seite und Tod im anderen Extrem.

Lassen wir es nicht zu weit kommen. Wo keine Nachfrage, da auch keine Produktion. **Matthias Adler**, BI Üfingen/Alvesse gegen die Hähnchenmastanlagen, [www.uefingen.de](http://www.uefingen.de)

weiter von Seite 6

Nun hat Jörg Bergstedt vor dem Oberlandesgericht obsiegt. Demnach darf insbesondere den „Inno-Planta“-Organisatoren unterstellt werden, dass InnoPlanta ein „Gentechnik-Lobbyverein“, sei, der zur „Gentechnikmafia“ gehöre und einer „Seilschaft zur Fördermittelveruntreuung“ diene. Und die BioTechFarm auf dem Stiftungsgrund, die Feldversuche organisiert, sei „wichtig zur Wäsche von Steuergeldern in einem unübersichtlichen Gewirr von Firmen“.

Eine peinliche Situation für die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz. Im Stiftungsrat wirken neben Oberbürgermeister Hoffmann der Ex-Ministerpräsident Glogowski, Landesbischof Weber, der TU-Präsident Hesselbach, Frau Schwandner aus dem Nds. Kultusministerium und einige weitere Funktionsträger aus Politik und Kultur

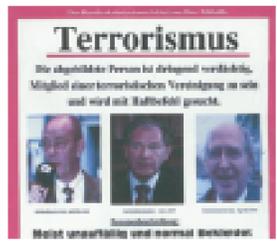
mit. Wie steht die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz zu den Aussagen? Das wollte nun die Bürgerinitiative Braunschweig wissen und schrieb Anfang September 2010 an alle Verantwortlichen und Repräsentanten der Stiftung einen Brief: Was gedankt die Stiftung und vor allem der Stiftungsrat zu unternehmen, um die eigentlichen Stiftungsaufgaben und Geschäftsfelder gegen eine so bezeichnende „Gentechnikmafia“ abzugrenzen?

Welche Planungen hegt die Stiftung bezüglich Üplingen? Wie wäre es mit einer Kündigung der bestehenden Verträge mit der BioTechFarm?

Fragen, die bis zur Herausgabe dieser Zeitung einer Antwort harren...

\* *Buch und Broschüre von Jörg Bergstedt sind am wöchentlichen BIBS-Info-Stand am Kohlmarkt erhältlich oder einsehbar im Internet unter: [www.biotech-seilschaften.de](http://www.biotech-seilschaften.de)*

## Stadt gibt zu: Nur ein „Hetzplakat“ bei der Stadt Braunschweig selbst aufgetaucht.



**In einer Pressemitteilung der Stadt wurde ein so genanntes „Hetzplakat“, das im Stadtgebiet aufgetaucht sei, erwähnt und gezeigt.**

So wurde mit diesem „Terroristen-Steckbrief“ der Eindruck erweckt, Oberbürgermeister Dr. Hoffmann sei ein angeblich gesuchter Terrorist. Das Plakat wurde in Zusammenhang mit den engagierten BürgerInnen, die im Querumer Forst gegen die geplante Flughafenverlängerung demonstrieren, gerückt: „Lehmann erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass auch [...] im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Flughafen eine bisher nicht gekannte Form der

Auseinandersetzung erreicht worden sei.“ Die Braunschweiger Zeitung titelte daraufhin sogar, der Staatsschutz würde nun ermitteln. Die TAZ konstatierte, ein Hauch der 70er Jahre geistere durch Braunschweig.

Auf Nachfrage der TAZ, ob denn überhaupt mehr als dieses eine Plakat existierten, musste der Pressesprecher der Stadt passen. In der Ratssitzung musste Erster Stadtrat Carsten Lehmann auf eine BIBS-Anfrage schließlich bestätigen: Es hat in der Stadt keine weiteren Funde gegeben und auch der Staatsschutz habe keine weiteren Plakate bzw. Flugblätter gefunden!

Das eine „Hetzplakat“ sei an einer Fensterscheibe neben dem Eingang zum Büro für Bürgerangelegenheiten gefunden worden. Peter Rosenbaum kommentierte den Vorgang so: „In der Tat handelt es sich hier um eine bisher nicht gekannte Form der Auseinandersetzung: Die Flughafenausbaugesegner sollten so diskreditiert und mundtot gemacht werden, das ist gescheitert.“

## Fast alle „Winterdienst-Sünder“ rehabilitiert

**Wir erinnern uns an die städtische Verfolgung von „Winterdienstsündern“ aus dem letzten Jahr?**

Der städtische Ordnungsdienst hatte damals 3.500 „Sünderinnen und Sünder“ ausfindig gemacht, die mit Bußgeldverfahren überzogen wurden, weil sie ihren Winterdienstpflichten nicht nachgekommen sein sollten. Die BIBS-Fraktion hatte geadelt, dass mit dieser Massenverfolgung von normalen Bürgern nur von der unzulänglichen Schneeräumung der teils privatisierten Straßen- und Stadtreinigung (ALBA) abgelenkt werden sollte.

In der Ratssitzung am 21. 09. 2010 beantragte die BIBS dann, alle 3500 Verfahren einzustellen. Der Rat beschloss, nur „Wiederholungstäter“ mit Bußgeldern zu belegen. Am Ende hat die Stadt nur 29 Bescheide gegen so genannte „Winterdienst-Sünder“ erlassen, die ihrer Räum- und Winterdienstpflicht wiederholt und fortgesetzt nicht nachgekommen sind. Alle anderen zuvor eingeleiteten Bußgeldverfahren wurden bis Januar eingestellt. Damit

wurden auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 21. 09. 2010 nur 29 „Wiederholungstäter“ mit Bußgeldern belegt! Diejenigen des Winterdienstes beauftragt hatten, wurden nicht bestraft. Die Einstellung von weit über 3000 Bußgeldverfahren entspricht damit im Wesentlichen der von der BIBS-Fraktion geforderten „Generalamnestie“. Während Alba, die der Winterdienstpflicht nur unzulänglich nachkam, nicht zur Rechenschaft gezogen wurde, sollten die Bürgerinnen und Bürger rigoros zur Kasse gebeten werden:

„Glücklicherweise konnte dies nicht in der vorgesehene Härte von der Verwaltung durchgezogen werden.“, so Heiderose Wanzellus. „Viel wichtiger ist, dass Alba ihre Dienste umfassend gewährleistet. An vielen Stellenquellen die Wertstoff- und Papiercontainer über. Die Mitarbeiter können dies alles trotz Doppelt- und Dreifachschichten gar nicht schaffen, weil nach der Privatisierung stetig Personal abgebaut wurde“.

## Stiftung paktiert mit mafiösem Lobbyverein:



**Macht die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz Geschäfte mit einem mafiösen Gentechnik-Lobbyverein?** Jedes Jahr treffen sich auf Landgütern der Stiftung Braunschwei-

ger Kulturbesitz in Üplingen (Nähe Schöningen in Sachsen-Anhalt) hochrangige Lobbyisten der Agrotechnik. Die in Braunschweig auch durch die Abholzung des stiftungseigenen Querumer Waldes berühmte Stiftung hat Ländereien an den Lobbyverein „Inno-planta“ verpachtet. Dann treffen die Vertreter der Gentechnik-Firmen von Monsanto bis Bayer-Crop auf Vertreter staatlicher und halbstaatlicher Institute wie das Julius-Kühn-Institut, auf Politiker und Kirchenmänner. Pächter der stiftungseigenen Flächen ist ein vor 15 Jahren gegründeter Lobbyverein namens „Innoplanta“.

Nicht gern gesehen sind dort in dem kleinen Ort Üplingen und Umgebung die Gentechnik-Kritiker und vor allem der versierte Kritiker Jörg Bergstedt, der mit seinem Buch „Organisierte Unverantwortlichkeit“ etwas Licht in die Beziehungsgeflechte der Agrogen-Industrie gebracht hat. Einige der dort namentlich genannten Lobbyisten hatten gegen Bergstedts Buch\* geklagt.

weiter auf Seite 7

## OkerwASSER

chung (2) bereits nach wenigen Jahrzehnten die Freisetzung von strahlenbelastetem Wasser in die Umgebung. Aus der Asse versickert und verdriftet es dann überwiegend unterirdisch und über Nebenflüssen auch in die Oker. Die lebensbedrohliche Fracht käme dann auch direkt nach Braunschweig. Die Asse ist nur ein Problem von vielen. Atommüll kann auf Dauer unmöglich von der Umwelt abgeschirmt werden und trotzdem wird er weiter produziert.

**1) Plutonium:** ein stark radioaktives Schwermetall extrem giftig schon die Einwirkung von Millionstel Gramm auf den menschlichen Körper führen zu tödlichen Strahlenschäden wird zum Bau von Atombomben verwendet

**2) Dr. Ralf Krupp: "Strömungs- und Transportmodell, Langzeitsicherheit Asse II"**

Im maroden Atommülllager Asse II - nur 18 km von Braunschweig entfernt - befinden sich ca. 28 kg Plutonium (1), ca. 100 t Uran und weitere hoch gefährliche radioaktive Stoffe. Seit Jahren dringen täglich etwa 12.000 l Wasser in die ehemalige Schachtanlage ein. Falls statt der bisher nur angekündigten Rückholung des Atommülls dennoch die „Vollverfüllung“, also eine Flutung erfolgen sollte, droht nach einer wissenschaftlichen Untersu-

Öko-Stromanbieter. **ÖKOSTROM Privatkontarife:** ...Naturstrom: 21,25 Cent/kWh 7,95 €/Monat. [www.naturstrom.de/](http://www.naturstrom.de/) ...LichtBlick: 23,64 Cent/kWh 8,95 Euro Grundgebühr/Monat [www.lichtblick.de](http://www.lichtblick.de) ...EWS-Schönau 23,90 Cent/kWh 6,90 Euro/ Monat

(inkl. 0,5 Cent für ökologische Neuanlagen in Bürgerhand) [www.ews-schoenau.de/](http://www.ews-schoenau.de/) ...Greenpeace-energie: 24,80 Cent/kWh 8,90 Euro Grundgebühr/Monat [www.greenpeace-energy.de/eko-strom/privatkunden.html](http://www.greenpeace-energy.de/eko-strom/privatkunden.html) ...400 Tonnen hochradioaktive Abfälle entstehen jedes Jahr in den deut-

schen Atomkraftwerken, hat Greenpeace errechnet. ...17,7 Milliarden Euro will der Stromkonzern Vattenfall bis 2012 in seine Kraftwerke investieren, nur drei davon in erneuerbare Energien. ...45,5 Prozent der CO2-Emissionen gehen bundesweit aufs Konto der Energiewirtschaft- vor allem wegen der Kohlekraftwerke. Deutschland ist sechstgrößter CO2- Emittent der Welt.

...Bürgerinitiative Nationalpark Harz: Bitte lesen Sie unter [www.buergerinitiative-nationalpark-harz.de](http://www.buergerinitiative-nationalpark-harz.de) die dortigen Texte zum teilweise geltenden Jagdverbot in den Kernzonen. Die Nationalparkverwaltung versucht das Jagdverbot zu unterlaufen durch angebliche Wild-Zählungen, die übermäßige Wildvermehrung herbeiführen.

## Berater im Zwielficht: KPMG wollte Daten nachträglich ändern

**Viel Geld für NICHTS - keine brauchbare Gegenleistung!**

...hier mal die Kostprobe, was das Rathaus und Braunschweiger Zeitung nicht schreiben mögen: Stadt und KPMG hatten einen Vertrag geschlossen, wonach die Beraterfirma die Sanierungskosten für die Schulen ermitteln sollte. KPMG wollte den bei einem Notar hinterlegten PSC (Kostenvergleichswert) nach Eingang der Angebote zwingend verändern... Die Zusammenarbeit mit KPMG im PPP-Projekt wurde aufgrund dieser nicht auszuräumenden Differenzen beendet...

Über 20 Mio. € wurden für die verschiedenen Beratungsleistungen an KPMG nebst verbundener Rechtsanwaltskanzlei Beiten-Burkhardt bislang für die höchst zweifelhaften Privatisierungen ausgegeben. Sehr viel Geld, was für die Sachleistungen - sei es für Schulsanierungen oder z.B. eine komplette Nordkurve ausge-reicht hätte. Geld futsch, keine Nord-

kurve, auch keine Schulsanierung... und das nun schon seit drei Jahren... (solange dauert nun bereits allein die Beratung für das PPP-Schulsanierungs-Projekt).

Das ist ja auch noch mit unglaublichen Steuerverschwendungen verbunden. Hier mal die Auflistung, die gerade im anderen Forum dazu aufgelistet worden ist: Bislang hat das Schul-PPP - zur Sanierung von rd. 12 Gebäuden im Umfang von ursprünglich geschätzten Gesamtkosten von 42 Mio. € - bereits folgende Beratungen erfahren: Berliner Beratungs-Dienste (BBD): ca. 140.000 €; KPMG (für weitestgehend unbrauchbares sog. „PSC“) ca. 1.200.000 €; Beiten-Burkhardt noch unvollständig: ca. 560.000 €; technische Beratung: ca. 233.000 €; neue Beratungsfirma für Aufarbeitung des KPMG-Schlammassels: 110.000 €.

Daneben - und gar nicht zu bewerten - arbeiten seit nunmehr drei Jahren ganze Abteilungen der städtischen Bau- und Finanzverwaltung nur noch an diesem PPP-Projekt, wo zwanghaft Privatisierung rein soll, obwohl problemlos die normale kommunale Bau-Organisation ohne die externen Beratungs-Verstrickungen längst alle Sanierungen

fertig gehabt hätte! Daneben dann auch noch mal zu den Beraterkosten zum Vergleich: für die Abwasser-Privatisierung, die ja bekanntlich 248 Mio. € in die Stadtkasse gespült hat (wenn auch nur aufgrund von Bankkrediten zulasten der nächsten Generation), lag das Beratungshonorar bei 3,2 Mio. €.

Und nur, dass wir uns nicht missverstehen: der Abriss und Neubau der IGS Weststadt ist in den bisherigen Beratungsleistungen noch nicht enthalten. Dazu gab der OB ja nun für die IGS Weststadt bekannt: Zitat: "Wegen der hohen Kosten sollte die wirtschaftlich sinnvollste Alternative in Betracht kommen."

Denkbar sei deshalb auch eine Finanzierung über ein separates Projekt einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (Public-Private-Partnership, PPP).

Das bedeutet in erster Instanz mehr als 20.000 Euro Geldstrafe und Vorstrafe! Dabei versäumsie der Amtsrichter, sich mit der Rechtmäßigkeit der Aufla-

## Begründung einer erneuten Kandidatur der Bürgerinitiativen

**Die Bürger haben das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren, weil diese nur noch die Interessen ihrer Klientel und/oder ihrer Geldgeber bedienen.**

Die Parteien handeln nur noch taktisch mit Blick auf die nächsten Wahlen. Auch spielen landes- oder bundespolitische Gesichtspunkte oft eine größere Rolle als lokale Bedürfnisse. Daher steigt der Wunsch der Bürger nach stärkerer Beteiligung, der sich u.a. in der Gründung von Bürgerinitiativen niederschlägt. Die Bürgerinitiativen sind eng mit ihrer Basis verknüpft, behalten aber gesamtgesellschaftliche (bzw. gesamtkommunale) Gesichtspunkte im Auge. Sie streben keine Vetternwirtschaft. Dank ihrer offenen, unhierarchischen Struktur ermöglichen sie einen un-

gen auseinanderzusetzen, eine Voraussetzung für eine solche Bestrafung. Das muss nun das Verwaltungsgericht erst einmal nach-

holen. Faktisch handelte es sich um den Versuch der Stadtverwaltung, die Demonstranten zu gängeln und einzuschüchtern.

Von der Stadtverwaltung wurde versucht, rechtmäßige Demonstrationshandlungen mit Hilfe von rechtswidrigen Auflagen zu kriminalisieren. Erst einmal konnte die Verwaltung damit punkten und den Ratsherrn Rosenbaum mit viel Publizität zum Kriminellen abstemplen.

Die Auflagen hat die Stadt inzwischen zwar zumindest teilweise zurückgenommen, aber nun verschleppt sie das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, welches bereits seit einem Jahr dort anhängig ist.

Im Übrigen hat der Ratsherr gegen seine Verurteilung auch vor dem Landgericht Berufung eingelegt

Das muss nun das Verwaltungsgericht erst einmal nach-



Peter Rosenbaum, Ratsherr der BIBS, sorgt seit 2006 für Transparenz im Rathaus...

# Brunonia als Sinnbild Braunschweiger Identität?

„Der Thron kommt ins Schloss...“, „der mehrjährige Museumkrieg ist damit beendet.“ (OB Hoffmann im Vorfeld der Pressekonferenz mit Ministerin Wanka August 2010).

Daneben auch einige andere Exponate, die bisher im Landesmuseum standen. Damit soll der sonstige aus Feudalzeiten stammende Schnickschnack aufgewertet werden, vieles davon aus dem privaten Besitz von Herrn Borek.

Wie jetzt eine Akteneinsicht zum Schriftverkehr für die Abfassung des Museums-Vertrages zwischen Braunschweig und dem Landesmuseum ergab, sollte das Land sogar noch eine Art Kniefall vor dem Throneglobe Hoffmanns und Boreks absolvieren. So wollte man vom Landesmuseum in den Leihvertrag vom 23. 7. 2010 über fürstliche Sitz- und Liegemöbel (Bett und Thron des Fürsten) zusätzlich noch eine „Wohlverhaltensklausel“ unterschrieben bekommen:

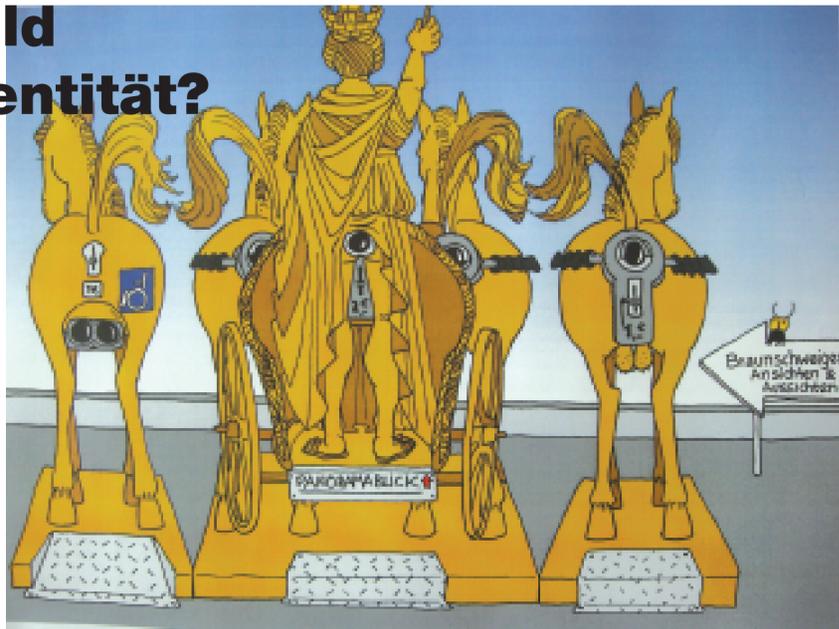
„Das Braunschweiger Landesmuseum ist gehalten, auf schutzwürdige Interessen der Stadt insbesondere auf deren Ruf und Ansehen sowie auf Sinn und

Prestige des Schlossmuseums Rücksicht zu nehmen“ (*Quelle: Akteneinsicht, aus dem Vertragsentwurf der Stadt*)

Diese Kröte schluckte allerdings das Land nicht; auch nicht geschluckt wurde das Ansinnen der Stadt, die Entleerungen von Exponaten aus Landesbesitz gleich über eine Laufzeit von 30 Jahren festzuschreiben, jetzt sind es laut Vertrag vom 23. 7. 2010 immerhin noch 20 Jahre mit anschließender jährlicher Verlängerung oder Kündigung.

Was allerdings nun festgeschrieben wurde, ist ein Übergang der Vertragspartnerschaft auf die private (Borek'sche) Stiftung Residenzschloss Braunschweig gemäß § 15 des Vertrages, in dem steht: „Mit Konstituierung der Stiftung Residenzschloss Braunschweig als Träger des Schlossmuseums geht der Vertrag in unveränderter Form auf diese über.“

Die Kosten der Einrichtung des Schlossmuseums sowie der Restauration der Exponate (Möbel aus dem ehemaligen Fürstenhaus) trägt also die



Stadt, übergibt das Ganze dann aber zur weiteren inhaltlichen Gestaltung ohne Rückholrecht an diese in der Gründung befindliche private Stiftung. Die Sorge um die Interpretationshoheit

über die Geschichte des Landes und der Stadt ist weiterhin mehr als berechtigt.

Dazu aus dem Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 3. 9. 2010:

„... hier soll offenbar die gesamte Landesgeschichte, die bei uns in den Händen kritischer Wissenschaftler liegt, von einem Gremium von Freizeit-Historikern übernommen werden“.

## Klasse der IGS Wilhelm Bracke erhält Preis für Agnes-Miegel-Dokumentation

„Laß in deine Hand, Führer, uns vor aller Welt bekennen: Du und wir, nie mehr zu trennen, stehen ein für unser deutsches Land!“



Das Gedicht „Dem Schirmer des Volkes“ erschien 1939 im Gedichtband „Dem Führer – Gedichte für Adolf Hitler“ zu Ehren von Hitlers 50. Geburtstag.

Bis auf eine Ausnahme sind die Namen der 40 verschiedenen Verfasser der Lobeshymnen heute unbekannt, eben bis auf jene, die mit ihren Zeilen die ewige

Bindung an den Führer bekannte: Agnes Miegel. Wie im Gedicht, so stand sie auch im Leben dafür ein, sich nicht von Adolf Hitler zu lösen. Geboren 1879 in Königsberg, gestorben 1964 in Bad Salzflufen. 1944 aufgenommen in die „Gottbegnadetenliste“ der Nazis. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wohnte sie in Bad Nenndorf und schrieb für rechtsradikale Blätter. Aber dennoch: Schulen und Straßen wurden nach ihr benannt, und dies nicht nur in der Nachkriegszeit, sondern wie im Falle Braunschweigs bis in die neunziger Jahre hinein: Die Straße in Stöckheim wurde erst 1997 unter rot-grünem Rat nach der ostpreußischen Blut- und Bodendichterin benannt - zu einer Zeit, wo in anderen Kommunen bereits über Umbenennungen debattiert wurde. Im September 2010 hat die BIBS-Fraktion die Umbenennung der Straße erstmals gefordert – mit der Folge, dass es zu einer umfangreichen Diskussion in politischen Gremien, Medien und Schu-

len gekommen ist. So erhielt eine neunte Klasse der IGS Wilhelm Bracke für ihre Auseinandersetzung mit dem Thema „Agnes Miegel“ einen Preis in einem deutsch-österreichischen Schülerwettbewerb zur politischen Bildung. Der Kulturausschuss der Stadt empfahl Ende 2010 einstimmig, die Straße umbenennen. Endgültig soll der Rat am 31.05.2011 entscheiden, wenn über den BIBS-Antrag zur Umbenennung abgestimmt wird. Die Verwaltung hat zur Debatte eine gutachterliche Dokumentation bei Prof. Gerd Biegel in Auftrag gegeben, der auch der Frage nachgehen soll, wie es 1997 zur Benennung kommen konnte. Schon vier Tage nach der Ratssitzung wollen Neonazis am 4.6. durch Braunschweig marschieren – der Rat bekommt so kurz vorher noch die Chance, sich deutlich gegen neu aufkommende braune Ideologien auszusprechen und einen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu leisten. *Sebastian Barnstorf*

## Immer weniger Besucher auf der Quadriga

Touristen und Braunschweiger Bürgern ist die Besichtigungsplattform der Quadriga immer weniger einen Besuch wert.

Das geht aus der erneuten Stellungnahme der Verwaltung hervor, die die BIBS-Fraktion jetzt auf ihre Anfrage zu den bisherigen Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten erhalten hat. Vom 1. 09. 2009 bis 30. 09. 2010 wurden 45.957 Euro eingenommen, was bei einem Eintrittspreis von

2 Euro einer durchschnittlichen Besucherzahl von rund 59 Besuchern pro Tag entspricht. Dagegen wurden noch in den ersten 9 Monaten nach der Eröffnung am 23. 11. 2008 Einnahmen in Höhe von rund 60.000 Euro erzielt, was rund 110 Besuchern am Tag entsprach. Vor der Einweihung war die Verwaltung hingegen noch von stolzen „600 Besuchern am Tag in den ersten sechs Monaten, danach 300 Besuchern pro Tag“ ausgegangen.

## Eine Welt - Fairer Handel

Bei jedem Einkauf im Supermarkt treffen wir kleine Entscheidungen, die für Kleinbauern und Produzenten rund um den Globus weit reichende Folgen haben.

Viele Konzerne in den Industrieländern nehmen Sklaverei, Kinderarbeit, Ausbeutung und Umwelterstörung billigend in Kauf, um für die Maximierung ihres Profits Nahrungsmittel so billig wie möglich produzieren zu können.

Es gibt aber eine Alternative: den Fairen Handel. Fair gehandelte Produkte wie z.B. Kaffee, Kakao, Schokolade, Fruchtsäfte und Blumen sind ganz einfach an dem Fair Trade Siegel zu erkennen. Das Fair Trade Siegel wird



vom gemeinnützigen Verein Transfair vergeben. Es garantiert den Kleinbauern in den Anbauländern feste Mindestpreise und langfristige Handelsbeziehungen zu fairen, gleich bleibenden Konditionen- ohne profitgierige Zwischenhändler. Fairtrade ermöglicht Entwicklung, Bildung, medizinische Versorgung und nachhaltigen Anbau. Achten Sie bei ihrem nächsten Einkauf auf fair gehandelte Produkte mit dem Transfairlogo. Fair Trade Produkte gibt es mittlerweile in 30.000 Supermärkten und in 10.000 gastronomischen Betrieben. *- cd -* <http://www.transfair.org/produkte.html>

## Der ökologische Fußabdruck

Die Wissenschaftler Mathis Wackernagel und William E. Ries entwickelten 1994 eine Formel zur Berechnung des Ökologischen Fußabdrucks.

Damit kann man den Ressourcen- und Energieverbrauch eines Haushalts, einer Stadt oder eines Landes in Fläche umrechnen.

Alle Dinge des täglichen Lebens wie Essen, Wohnen, Mobilität verbrauchen Ressourcen: der Anbau von Lebens- und Futtermitteln, die Entnahme von

Rohstoffen, Energiegewinnung, Versiegelung von Flächen für Wohnen, Straßen und andere Infrastrukturen. Jedem Erdbewohner stehen 1,9 Hektar zur Verfügung. Industrieländer verbrauchen deutlich mehr: Deutschland 4,8 Hektar, USA 9,7 Hektar.

Der Ökologische Fußabdruck hat sich seit 1966 verdoppelt. Im letzten Jahr hatten wir bereits am 21. August die gesamten ökologischen Ressourcen, die uns die Erde für das Jahr 2010 zur

Verfügung stellt, verbraucht. Den Rest des Jahres leben wir sozusagen auf Kredit und verbrauchen die Substanz der Erde. Würden alle Menschen so leben wie wir Deutschen, bräuchten wir 3 Planeten.

*Hier kann jeder testen, wie hoch sein ökologischer Fußabdruck ist: <http://www.footprint-deutschland.de/> <http://www.mein-fussabdruck.at/footprint/info>*

*- cd -*

*Silke Arning*